

Kaukasische Post

Erscheint 2-mal wöchentlich

am Mittwoch und am Sonntag.

Geschäftsstelle: zeitweilig geschlossen
(s. Mitteilung „Von der Redaktion“ in N. 60.)

Verlagspreis: (mit Porto f. Auswärtige) 225 Hbl.
für 1 Mt. Anzeigen: die 3mal gespaltene
Reinzeile auf der ersten Seite 20 Hbl., auf der
4. Seite 15 Hbl. Traueranzeige 800 Hbl.

Nr. 85.

Tiflis, Sonntag, den 5. Dezember 1920.

12. Jahrgang.

Siedemeister

gesucht für Seifenfabrik; verlangt wird gründliche Kenntnis der Herstellung von Haarseifen, pilierten und geführten Toiletteseifen. Selbständige angenehme Stellung. Bewerber wollen sich schriftlich mit Angabe der Adresse unter A. O. bei der Expedition dieser Zeitung melden.

Politische Nachrichten.

Deutschland hat auch die November-Rate der Kohlenlieferung an Frankreich voll erledigt. Danach zu urteilen, dürfte das Verlangen der Franzosen nach Besetzung des Ruhrgebiets am Ende doch ungefüllt bleiben. — Es ist arktisch festgestellt, daß der deutsche Außenhandel trotz der außerordentlichen Schwierigkeiten, die er zu überwinden hat, namentlich im Hinblick auf den Mangel an eigenem Schiffraum, stetig zunimmt, und daß zwar, wie in den Monaten Juli-September, so auch eben die Ausfuhr um 15 Prozent größer ist als die Einfuhr. — In Berlin ist ein Kongress von Vertretern der deutschen Parteien (der erste seit Beendigung des Krieges), eröffnet worden. Die Beteiligung ist eine sehr große, so 1500 Abgeordnete sind erschienen. In dem Bericht des Vorsitzenden über die gegenwärtig so schwierige Lage Deutschlands im Zusammenhang mit den harten Bedingungen des Versailles-Friedens (Verlust der Kolonien, Kohlenlieferung an die Entente, Besetzung des linken Rheinstroms etc.) wird die Notwendigkeit einer gründlichen Nachprüfung dieses Vertrages betont. Auch der Reichskanzler v. Simons weist auf die Unerschlichkeit der Durchsicht des Beschlusses hin und bemerkt hierbei, daß deutscherseits alles drangefest werden müsse, um die ganze Welt von der Dringlichkeit bejagter Forderung zu überzeugen. Ein anderer Regierungsvertreter spricht die Zuversicht aus, daß die Banken ihr möglichstes tun werden, um die Wiedergewinnung Deutschlands zu sichern. — In Ober-Schlesien hat der polnische Kommissar für das bevorstehende Plebiszit (Volksabstimmung), Korfantsky, unlängst eine Agitationsrede gehalten, bei welcher Gelegenheit er gegen Deutschland und die deutsche Zivilisation, speziell gegen die deutschen Schulen und Universitäten, in so großen Ausdrücken zu Felde zog und die polnischen Zuhörer so gegen die deutschen Mitbürger aufreizte („mit den deutschen Wählern müßten sie wie mit Verrätern umspringen“; dann: „Ober-Schlesien werde unbedingt polnisch werden, wer von den Deutschen sich weigern würde, der polnischen Regierung den Treueid zu leisten, sollte wie ein Hund hinausgejagt werden“ usw.), daß die deutsche Regierung sich veranlaßt gesehen hat, den interparlamentarischen Plebiszit-Kommissar auf das Angehörliche der Handlungsweise Korfantsky aufmerksam zu machen und seine Enternung zu beantragen. Die deutsche Presse ist empört über die Tätigkeit K.s und macht für dieselbe die polnische Regierung verantwortlich, die den bösen Ergeßien ihres Agenten mit verstärkten Armen zuzuhauere. — Viel wird bei dem Protest natürlich nicht herauskommen, da die Entente, in erster Linie die Franzosen, welche das Abstimmungsgebiet bis zum Plebiszit überwachen, selbst ganz offen die Polen begünstigt, wie unter anderem folgendes Telegramm besagt: „Die Warschau-Agentur meldet, daß die nicht in Ober-Schlesien wohnhaften Abstimmungsberechtigten deren Mann gegen 300.000 (Deutsche) zählt, nach Auffas-

sung der Entente nicht an dem nämlichen Tage ihre Stimmen abgeben sollten wie die in Ober-Schlesien ansässigen Wähler, oder daß sie anderwärts, etwa in dem von der Entente besetzten Gebiet von Köln, abstimmen sollten, weil die Entente nicht die Macht hätte, Volksmengen hintanzuhalten, die bei einem so großen Zustrom von auswärtigen Stimmberechtigten nur zu leicht entweichen könnten. Die deutsche Presse protestiert gegen diese „Aufassung“ der Entente, wobei sie darauf hinweist, daß letztere in Ober-Schlesien zurzeit über nicht mehr und nicht weniger als 20.000 Soldaten, 2000 Tanks und 500 Polizeieinheiten verfügt. Alle Stimmberechtigten müßten, in Gemäßheit des Friedensvertrages, an ein und demselben Tage abstimmen, und zwar in Ober-Schlesien selbst. Die Entente hätte auch alle Urinache, sich nach den Bedingungen des Vertrages zu richten, nachdem sie von ihnen bei der Abstimnung in West-Preußen den ergiebigen Gebrauch gemacht habe! — In den Räumen der Berliner Handelskammer ist ein „Schwerverband für deutsches Vermögen in Polen“ begründet worden. Sein Zweck ist die Vertretung der deutschen Vermögensinteressen in Polen, welche insbesondere durch die der polnischen Regierung zustehende Liquidationskommission verachtet erscheinen. An der Gründung des Vereins sind die großen Verbände, welche den deutschen Handel, die deutsche Industrie und die deutsche Landwirtschaft vertreten, beteiligt. — Der Reichstag hat das vorläufige Abkommen über die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Lettland, welches am 15. Juli d. J. von den beiderseitigen Bevollmächtigten in Berlin getroffen wurde, am 23. August bekräftigt. Das Abkommen enthält, wie wir aus dem „Reichs-Gesetzblatt“ ersieht, unter anderem folgende Bestimmungen: „§ 1: Deutschland erklärt sich bereit, Lettland auch de jure anzuerkennen, sobald eine der im Friedensvertrage von Versailles genannten alliierten Hauptmächte die Anerkennung angefordert hat.“ § 2: Jeder Vertragspartei verpflichtet sich, keinerlei Behauptungen zu unterstützen, oder auf seinem Gebiete zuzulassen, die gegen die verfassungsmäßige Regierung des anderen Teiles gerichtet sind. Insbesondere wird keiner der beiden Vertragsparteien auf seinem Gebiete den Durchzug oder die Organisation von Streikkräften zulassen, die dem anderen Staate feindlich sind.“ § 3: die Angehörigen jedes Vertragspartei werden im Gebiete des anderen Teiles in Ansehung des zivilrechtlichen Schutzes ihrer Person, ihres Eigentums und ihres Besitzes sowie in Ansehung der steuerlichen Belastung nicht schlechter behandelt als die Angehörigen der meistbegünstigten Nation. Auch sichern sich beide Vertragsparteien für den gegenseitigen Handelsverkehr, für industrielle Unternehmungen sowie für die Schifffahrt das Recht der Meistbegünstigung zu. Jeder Vertragspartei wird sofort alle etwa in Ansehung der Privatrechte der Angehörigen des anderen Teiles aus Anlaß ihrer Staatsangehörigkeit getroffenen Ausnahmemassnahmen aufheben.“ § 4: handelt von den gegenseitigen Gestandensansprüchen, die in vollem Maße als der Befriedigung unterliegend anerkannt werden.“ § 5 lautet: „Die Deutsche Regierung, die jede Verantwortung für das Vermögen-Unternehmen nach wie vor ablehnt, ist überseits damit einverstanden, daß das Kriegsmaterial und Heeresgut der Vermögenden zur Deckung der von diesen Truppen angerichteten Schäden herangezogen wird, und wird die Regierung Lettlands bei der Erfassung dieses Materials und Heeresguts nach-

Kräften behilflich sein.“ § 8: „Lettland ist damit einverstanden, daß Waren, die aus Deutschland durch Lettland oder aus anderen Ländern im Transit durch Lettland nach Deutschland durchgeführt worden, keinen besonderen Schwierigkeiten oder besonderen Abgaben unterworfen werden.“ § 9: „Die Regelung der sonstigen Wirtschaftlichen, Finanz- und Verkehrsfragen wird in besonderen Kommissionen erfolgen.“ — Die Russische Telegraphen-Agentur weist zu berichten, daß im Zusammenhang mit der Entäußerung der Güter der baltischen Kavallerie in Lettland der deutsche Gesandte bei der lettischen Regierung die Freigabe dieser Güter gefordert habe. In Falle der Verweigerung drohe die deutsche Regierung mit Entäußerung des Vermögens der lettischen Untertanen in Deutschland. — Die Bollerliga weigert sich, Estland, Lettland u. Litauen als Mitglieder aufzunehmen, mit der Begründung, daß sie ja nur „vorübergehende Staatenbildungen“ seien, die „durch den Zerfall Russlands bedingt seien“, mit anderen Worten: der Bollerbund erkennt sie ab jure nicht an, sondern überläßt sie — Rußland! Da die Bollerliga bekanntlich vollständig unter dem Einfluß der Entente steht, ist über die Bollerhaltung des Russischen Bundes in seinen früheren Grenzen zweifelhaft, so ist diese ihre Entschließung leicht verständlich. — Die englische Regierung hat Kräfte im Entsauf des Handelsabkommens mit Rußland bereits eingeschickt. Die amerikanische öffentliche Meinung erblickt hierin die gleichzeitige Anerkennung der russischen Sowjet-Regierung. — Der englische Minister des Auswärtigen, Lord Curzon, hat dem Volkskommissar der russ. Sowjet-Regierung, Tschichserin, zwei Noten in der Baltung Angelegenheit zugehen lassen, in denen er sich gegen die Auffassung Tschichserins, als beabsichtige England, Batum demnächst zu besetzen, aufs nachdrücklichste verwarft. Er fragt zugleich an, welche Garantien russischerseits geboten würden, daß die Selbständigkeit Georgiens unverletzt bleibe. Die georgische Presse fährt fort, diese heftige Eierstücke zwischen Rußland und England wegen der Sicherheit Batusms eingehend zu behandeln. Sie findet, daß der Notwendigkeit absolut überflüssig sei, wenn sowohl England wie auch Rußland erklären, daß sie nichts Böses gegen Georgien im Schilde fährten, und rät beiden Teilen, sich zu beruhigen, zumal Georgien notigenfalls sich selbst zu schützen wissen werde. — In Armenien ist, während der Friedensverhandlungen zwischen der armenischen Regierung und den Vertretern Mustafa Kemal-Paschas noch nicht zum Abschluß gelang, zu sein scheint, ein Zustand ausgebrochen, wie es heißt — der Bauernschat, die — zunächst in den Bezirken von Delisban und Karaganjarai — unter kommunistischer Führung und mit Hilfe der Roten Armee, d. h. der russischen Sowjettruppen, die Sowjet-Republik ausgerufen und eine eigene Regierung gewählt hat, welche ausschließlich aus kommunistischen Armeniern besteht. Der „Kommunist-Drum“ begrüßt diesen Vorgang als den erfreulichsten Anfang vom Ende der Herrschaft des „Dafyanalshuzum“. Damit ist alles gesagt, Kommentare sind unnötig. — In Ergänzung unserer vorhergehenden Mitteilungen über den Kabinettwechsel in Armenien ist zu bemerken, daß dem Ministerium Ratshafnuni ein Ministerium Nazyan gefolgt ist, zu dem auch mehrere Sozial-Revolutionäre gehören, die ganz offen für den Anschluß an Sowjet-Rußland eintreten.

— Die georg. Presse widmet den Vorgängen in Armenien begreiflicherweise erste Betrachtungen. Auch sie hält die Selbständigkeit Armeniens nun für begabener, sein Schicksal werde dasselbe sein wie das Aserbeidjans. Georgien sei jetzt von lauter Sowjet-Staaten umgeben, doch das dürfe es nicht bange machen, denn seine innere Geschlossenheit stehe außer allem Zweifel, und sie verleihe ihm die Kraft, auch fernerhin selbständig zu bleiben.

Zur innerpolitischen Lage Georgiens.

(V.)

Die in russischer Sprache erscheinende und im allgemeinen die Interessen der bestehenden Klassen, insbesondere aber die der armenischen Bourgeoisie vertretende „Silow o“ (frühere „Kawkasische Slowo“) beurteilt das Wirtschaftsprogramm der sog. demokr. Konferenz wie folgt: „In dem Programm sind alle Seiten des finanziellen und wirtschaftlichen Lebens Georgiens berücksichtigt, und als solches macht es den Eindruck einer gewissen Vollständigkeit. Wir sehen da berührt: 1) die Frage des Staatshaushalts (Budget); 2) die der Entwicklung der heimischen Industrie und Landwirtschaft; 3) die des Außenhandels; 4) die der Verteilung der gegebenen Werte und sogar 5) die Frage der Nutzung der Wohlstandes des Lebens seitens der Bevölkerung. Aber unter all den vorgeschlagenen Mitteln zur Aufbesserung der Finanzen und der wirtschaftlichen Lage der Republik, einschließlich der den Arbeitern und Angestellten zu gewährenden staatlichen Hilfe, begegnen wir nicht einem, das uns nicht schon nach den Erklärungen von Regierungssicht, aus der Mitte der professionellen Verbände oder in den Spalten der halbamtlichen Presse geläufig wäre. Wie bisher sehen wir das Bestreben der leitenden Kreise der georgischen Demokratie, die teilweisen Versuche einer Nationalisierung der Reichtümer des Landes und einer Sozialisierung der Verteilung mit den unerbittlichen Forderungen der rationalen (ordnungsmäßigen) Wirtschaftspolitik der zeitgenössischen bürgerlich-demokratischen Staaten in Einklang zu bringen. Einerseits hören wir von vernünftiger Einschränkung der Ausgaben, von Steigerung der Arbeitsleistung, von Verringerung des Papiergeldquantums, von Schaffung neuer Industriezweige, von Förderung der Privatinitiative, von Heranziehung ausländischen Industrielapitals, von Entwicklung des Außenhandels mit Bevorzugung der Ausfuhr gegenüber der Einfuhr. Andererseits sind in der Entscheidung der wirtschaftlichen Konferenz solche Maßnahmen vorgesehen, welche das örtliche Kapital verschwinden machen, das ausländische Kapital von Georgien abschrecken und jede

Privatinitiative und Freiheit in Handel und Industrie beeinträchtigen werden, wie unter anderem: Die innere Zwangsankleihe mit vorhergehender Registrierung der Geldwertzeichen, die Überlassung der Valutaoperationen ausschließlich der Reichsbank und einigen anderen Kreditinstitutionen, die im Voraus bestimmt werden, ferner die Reglementierung des Außenhandels durch beschränkende Normen u. die Regierungskontrolle, schließlich die Säuberung der Städte von parasitären Elementen. Die Einführung einer allgemeinen Arbeiterpflicht, die Lösung der Wohnungsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Interessen der Arbeiter unter Mithilfe der professionellen Verbände, die Bildung einer außerordentlichen Kommission, bestehend lediglich aus Vertretern der Arbeiterorganisationen, zur Aufhebung von Mißbräuchen in den staatlichen und kommunalen Institutionen, die Erhaltung des Privilegiums einer besonderen Fürsorge hinsichtlich der Verpflegung seitens des Staates für die Arbeiter und Angestellten. Mit anderen Worten: das Finanz- und Wirtschaftsprogramm der Republik Georgien soll, nach Ansicht der Konferenz, die früheren Tendenzen der bereits zwei Jahre alleinherrschenden menschewistischen Gewalt beibehalten, nämlich: 1) die Einteilung der ganzen Bevölkerung des Landes in die besonders bevormundeten, privilegierten Arbeiter und in die übrige Masse der Bürgerschaft, welche der staatlichen Fürsorge offenbar nicht bedarf, und 2) die nachdrückliche Einmischung der sozialistischen Regierung in alle Verzweigungen des materiellen Daseins des Landes zwecks Vorbereitung der in Aussicht genommenen Durchführung des sozialistischen Programms. Die erste dieser Tendenzen ist sogar vom Standpunkte der sozialen Gerechtigkeit mehr als fragwürdig, die andere ruht unger den augenblicklichen Verhältnissen erste Zweifel wach. Soeben ist es überhaupt nirgend geraten, an eine soziale Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft zu denken, die einen ungeheuren Vorrat an gesammelten Werten und einen noch größeren Ueberfluß an schaffenden Kräften erfordert, während doch die Konferenz selbst zugibt, daß „der Weltkrieg eine gewaltige Menge von Produktionsmitteln vernichtet, Reichtümer, welche in Jahrhunderten zusammengebracht worden waren, vernichtet und das finanzielle Wohlergehen der europäischen Länder gründlich gelindert hat“. Selbst diese letzteren, obgleich sie viel reicher sind als Georgien, erlauben sich nicht, wie es uns die europäischen Sozialisten bekräftigt haben, den Luxus neuer Experimente in der staatlich-kommunalen Sozialpolitik, sondern suchen ihren früheren Wohlstand nach den altbewährten Methoden wiederherzustellen... Freilich, das benachbarte Lateinland unternimmt die kühnsten Versuche einer durchgreifenden Nationalisierung und Sozialisierung der Volkswirtschaft und vernichtet die sogenannte bürgerliche Ordnung des Wirtschaftslebens mit Stumpf und Stiel! Dafür sehen wir aber auch die Ergebnisse einer solchen Kühnheit in der vollen Zerstörung des von Natur reichsten Lan-

des und in der Vernichtung aller materiellen Kultur. Ueberdies föhrt das die Herren des heutigen Auslands nicht, denn sie sind ja folgerichtig handelnde Internationalisten und vermeintlich es auch nicht, daß sie eben Versuche zum Wohle des Proletariats der ganzen Welt anstellen. Georgien aber strebt vor allem danach, das Wohl der eigenen Bevölkerung zu sichern und sein staatslich-nationales Dasein zu festigen, und die es leitende Demokratie traetet nicht nach Versuchen zum Besen der übrigen Menschheit, sondern nach Mitteln zur Wiedergeburt der Heimat. Deshalb ist aus der sozial-ökonomischen Politik der Republik Georgien alles Phantastische, alle Begeisterung für soziale Versuche nach Art derjenigen Sowjet-Rußlands auszuschalten. Georgien hat nur einen Weg: den Weg, welchen die alten Kulturvolker Europas und Amerikas verfolgt und den auch die europäischen Geninnungsgegnen der heutigen Lenker der Schicksale Georgiens gelten lassen. Und wir sagen aus vollster Ueberzeugung, daß die georgische Republik und ihre Bevölkerung nur auf diesem Wege den Ausgung aus der gegenwärtigen, so schweren Lage finden wird.“

Schleswig-Holstein im Gefabr.

Die Ortsgruppe Berlin des Schleswig-Holsteiner Bundes erläßt nachstehendes Aufruf, der die Lage der deutschen Nordmark gegenüber der dänischen Bergewaltigung in den düsteren Farben schildert. Er lautet: „Schleswig-Holstein ist in Gefahr die Aenan arbeiten mit Hochdruck, um auch die zweite Zone in ihre Gewalt zu bringen. Klingt das, so ist die Nordmark für Deutschland verloren! Wir Schleswig-Holsteiner wehren uns mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen die dänischen Uebergriffe, aber die Dänen sind im Vorteil. Sie können mit Hilfe der Kronenvaluta aus vollem Beutel schöpfen, während wir uns in dieser teuren Zeit nach der viel zu kurzen Dede strecken müssen. Deshalb können wir Schleswig-Holsteiner allein den dänischen Angriff nicht abwehren, wir müssen als weitere deutschen Brüder und Schwestern appellieren, wir müssen sie bitten: Helft uns, überlastet Schleswig-Holstein nicht dem Däumlein, das von England angefeuer wird, um diesen gesegneten Landstrich nach und nach von Deutschland abzutrennen. Helft uns um unserer gemeinsamen deutschen Sache willen! Wir haben in Berlin eine Gruppe des Schleswig-Holsteiner Bundes gegründet. 1135 Schleswig-Holsteiner aller Stände sind dem Bunde beigetreten, und sie setzen Mann für Mann zur deutschen Sache. Wir haben uns in die Hand gelobt, Gut und Blut daran zu setzen, daß Schleswig-Holstein bei Deutschland bleibt. Aber der dänische Angriff ist hart. Dänemark kauft in der ersten Zone alle Schulen, alle Häuser, alle Kirchen auf, die in deutscher Hand sind. Unbekümmert um die Berliner Regierung beschrebt Dänemark seine

*) Abschnitte 1-IV f. Nr. 76, 79, 81 u. 83. — D. Schrifl.

Für Herz und Gemüt.

Herbst

„Ich brenne, bis zerstückelt dein Eis Und du mir hold und gut; Dann küßt ich und verzehre dich In Feuer und Liebesglut.“

So liebt er sie mit heißer Brandt Den ganzen Sommer lang. Da — als am höchsten ihre Glut — Kehrt er sich ab so bang.

Da wirft sie den Rosenmantel rings ab, Steht nackt in Glut und Gold; In Nordlichtspracht der Waberloh's Liebreuend, weint sie und großt.

So zwingt auf sich die Erdenmaid Des Sonnengottes Bild: Er kehrt vor goldenen Abendrot Noch einmal ihr zu.

Da sieht er in der Lohz Licht Der Schönheit Urgebild, Und doppelt aus seinem Strahlenganz Der Glanz der Liebe quillt.

Ob nun in all dem Glutgewühl Die Welt auß und ergeht, Ober aus prächtiger Waberloh's Die Erdmaid jung ersehen!

J. B. Katharinenfeld.

Agunda.

Geschichte einer Diätien. (Nach dem Tagebuch eines georgischen Freundes). Von Ariur Leiß (Tilts).

(6. Fortsetzung.)

Agunda hatte recht, daß Feuer in ihr Herz gefallen war. Ich sah es ja an ihren Wangen, die ihre Freische verloren hatten. Die Blässe machte sie aber noch schöner, in ihrem Gesicht lag eine unaussprechliche Sanftmut und Bangigkeit, es kam mir vor, als werde sie sich äußerlich immer mehr. Sie wurde auch etwas magerer und ihre Bewegungen rascher, feinehe nervös.

Manchmal, wenn ich mich verspätete, jitzerte ihre Stimme, und eines Tages, als ich erst gegen Abend nur für kurze Zeit zu ihr kam, schien sie gewohnt zu haben. Sie gab sich Mühe, ihre Aufregung vor mir zu verbergen, und machte mir nicht einmal einen Vorwurf, wie sie es früher manchmal getan hatte.

In einem goldenen Septembertage gingen wir hinauf ins Gebirge, an eine Stelle, wo wir noch nicht gewesen waren.

Die Sonne stand noch nicht hoch, als ich sie abholte, aber sie war schon längst bereit und wartete auf mich. Sie hatte sich iontäglich geliebet, und als sie mir entgegenkam, erkannte ich sofort, daß sie mir gefallen wollte, denn sowohl in ihrer Haltung wie in ihrer

Miene lag eine Geziertheit, die nicht ihr eigen war. Sie hing eben an, ihre frühere Schlichtheit abzulegen, und das mißte mir.

Nachdem ich den Korb, der unser Mittagessen enthielt, an den Sattel meines Pferdes gebunden hatte, brachen wir sofort auf. Sie ging ziemlich traurig neben mir her und freute sich nicht einmal über die Waldfrische und hoch weniger über die Aussicht, die sich erweiterte, je höher wir stiegen.

Wir wanderten zwei Stunden lang bergan, bis wir die Höhe erreichten, die ich zu unserem Lagerplat auserkoren hatte. Eine steinerle Stille herrschte ringsumber, denn selbst die Vogel schwiegen und nur von Zeit zu Zeit ließ sich aus der Ferne der Schrei eines Raubvogels vernehmen.

Während ich mein Pferd anband, stand Agunda schweigend am Rande des waldigen Abhanges und schaute in die Tiefe hinunter.

„O wie das schön ist!“ rief sie, als ich zu ihr kam.

„Was ist denn schön?“

„Daß ich so hoch stehe und die Welt so tief unten liegt. So war es auch bei uns drüben in Diätien. Dort sind die Berge noch viel höher und der Himmel noch näher als hier. O wie gern möchte ich wieder meine Heimat sehen! Was möchtest du gern mit kommen?“

„Gewiß würde ich gern mit dir gehen“, besetzte ich.

„Das sagst du nur so, um mich nicht zu betrüben.“

Propaganda in der zweiten Zone. In der ersten Zone werden die Deutschen ausgewiesen, in der zweiten Zone verlangt man für die Dänen nicht allein Haukredit, sondern die Einrichtung nationaler, also dänischer Schulen. Der Rawf geht hart auf hart, wir hoffen ihn durchzuhalten, wenn uns Deutschland zeigt, daß wir nicht allein stehen. Schleswig-Holstein, das vom Deutschen Reich und seiner jetzigen Regierung nicht so viel hört, wie Oberflächler und das Saargebiet, ist verbittert über das „Sich-selbst-aberlassen“ der Nordmark, und aus der Verbitterung heraus leiht man hier und da sein Ohr den dänischen Botsprechungen. Unsere Aufgabe ist es, deshalb, und vorzüglich an die Arbeit zu gehen, aufklärend zu wirken und den Wankelmütigen klarzumachen, daß Dänemark immer nur eine Gegenwart hatte und hat, daß aber die Zukunft von Schleswig-Holstein nur beim Deutschen Reiche liegt und daß wir mit frohem Gottvertrauen an eine bessere Zeit glauben können, wenn wir als Deutsche Mann bei Mann unsere Pflicht tun. Viele tüchtige Männer und Frauen sind am Werk, um der dänischen Gefahr die Einigkeit aller Schleswig-Holsteiner gegenüber zu stellen. Gelingt das, so bleibt die Nordmark deutsch, wie sie deutsch gewesen ist. Aber wir müssen der dänischen Propaganda mit ungefähre gleichwertigen Mitteln entgegenzutreten können. Deshalb bitte ich Sie: Helfen Sie der deutschen und schleswig-holsteinischen Sache durch Ueberbringung eines Betrages zu unserem Hilfsfonds. Denken Sie daran, daß die Heimat es ist, für die ich mit einer Bitte an Sie herantrete. An der Spitze unseres Berliner Schleswig-Holsteiner Bundes steht der Admiral Graf Baudissin, 1. Vorsitzender ist Dr. Boylen, und viele andere bewährte Männer haben sich ebenfalls in den Dienst der Sache gestellt. Ich bitte Sie, vergessen Sie Schleswig-Holstein nicht und helfen Sie uns. Die Nordmark ist es wert, daß ihr geholfen wird, und sie weiß es, daß sie brauchen ist, noch einmal eine Rolle in der deutschen Geschichte zu spielen.“

Die Ergebnisse der Brüsseler Finanzkonferenz.

Die Verhandlungen der Brüsseler Finanzkonferenz haben, wie zu erwarten war, praktische Erfolge nicht erzielt, insbesondere für Deutschland nicht. Das konnte auch nicht sein, allein schon deshalb nicht, weil die Franzosen mit erbitterter Energie darüber wachten, daß jede Besprechung über die Summe der von Deutschland laut dem Versailleser Vertrag zu zahlenden Entschädigung für die Kriegsnachteile der Entente ausgehakt blieb. — Andererseits aber ist durch die persönliche Aussprache zwischen maßgebenden Sachverständigen und Politikern der einzelnen Länder ein gut Teil des vorhandenen Mißtrauens beseitigt worden. Freilich würde die Ausführung der in Brüssel festgelegten

Grundsätze nicht von den Sachverständigen und Praktikern, sondern von den Staatsmännern bewerkstelligt werden müssen, die sich hierzu auch anders verhalten könnten, als es jenen beliebt fällt. Aber es ist doch zu hoffen, daß die Staatsmänner, die bisher bei allen Maßnahmen zur Befestigung des Finanzgedrängs in erster Reihe, zum Teil sogar ausschließliche, politische Momente in den Vordergrund stellten, jetzt eher geneigt sein werden, die ruhige, leidenschaftslose Art der Brüsseler Beratungen auf sich einzuwirken zu lassen. — Ein weiteres Ergebnis der Brüsseler Konferenz ist darin zu sehen, daß sie bis zu einem gewissen Grade doch Kreditgeber und Kreditnehmer miteinander in Verbindung gebracht hat. Die zuerst scharf ablehnende Haltung der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegen das Annehmen einer finanziellen Unterstützung Europas wurde durch die Erklärung der Abgeordneten der maßgebendsten amerikanischen Banken abgeschwächt, daß man zwischen der Stellungnahme des offiziellen Amerika und der der privaten Geldgeber zum Wiederaufbau Europas beträchtliche Unterschiede machen müsse. Das offizielle Amerika will zu den 10 Milliarden Dollar, die es bereits nach Europa hat ausleihen lassen, keinen Dollar hinzugeben, weil: 1) in Wahrung der Ansicht vertreten wird, daß Amerika erst dann den europäischen Staaten Hilfe leisten sollte, wenn sie unter sich zu einer wirklichen Einigung gekommen sein würden, und 2) die Vereinigten Staaten ihre Mittel in ungeheuren Betriebserweiterungen so ziemlich festgelegt haben. Diesen Gesichtspunkt werden nun auch die privaten amerikanischen Geldgeber zu berücksichtigen haben. Da aber zu der Geld- und Kreditkrise in Amerika neuerdings noch eine Produktions- und Absatzkrise hinzugekommen ist, so werden die amerikanischen Banken danach trachten, den amerikanischen Außenhandel, der in der letzten Zeit eine weitere beträchtliche Verschlechterung erfahren hat, durch Vergabe von Balutalrediten an europäische Abnehmer zu unterstützen. Freilich werden diese Balutalredite sich weiter verteuern; hat man doch jüngst in Amerika für eine norwegische Balutalanleihe 15 Prozent verlangt. — Ein weiteres Ergebnis der Brüsseler Konferenz besteht darin, daß England und die Vereinigten Staaten unzweideutig zu erkennen gegeben haben, sie würden sich auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete nicht mehr zu Vorparanzen für die französische Nachsicht hergeben. Deshalb erscheint es auch als wichtig, daß England gegen die von Frankreich angeführte Durchbrechung der in Spa beschlossenen Genfer Konferenz zur Feststellung der deutschen Entschädigungssumme aufgetreten ist, und wie man sieht, nicht ohne Erfolg. — Da Frankreich stark geldbedürftig ist, wird es den Wagnis Amerikas, daß die Sieger dem Besiegten entgegenkommen müßten, und den englischen Blick mit dem Jaunspah schon versehen, so meint zum Schluß die Berl. Tageszeitung „Import u. Export“, deren Ausführungen wir bei obiger Betrachtung in allgemeinen gefolgt sind.

Kriegsschuld-Verörterung.
Von Hans Delbrück.*

Das Buch von R. Rauffly über die Kriegsschuld kommt bekanntlich zu dem Ergebnis, daß die deutschen Staatsmänner den Weltkrieg zwar nicht gewollt, ihn aber durch völlig unbegriffliche Fehler gegen ihren Willen herbeigeführt hätten. Rauffly gesteht, daß er zu seiner eigenen Überzeugung aus den geheimen Papieren die Überzeugung habe entnehmen müssen, daß die Absicht unserer Diplomaten nicht auf den Weltkrieg, sondern auf den Weltfrieden gerichtet gewesen sei, und dieses sein Ergebnis ist durch die weiteren atemwärtigen Untersuchungen und Schriften von Graf Montgelas, Dr. v. Bulow und mir selbst bestätigt und verstärkt worden. ... Von den gemachten Fehlern zu unterscheiden ist aber die Frage, ob gegenüber der leitenden Staatsmänner den Krieg gewollt, ihn mit Absicht herbeigeführt hat. Diese Auffassung hat man in der Welt; auf sie ist mit ausdrücklichen Worten der Friede in Versailles aufgebaut. Wenn es uns gelingt, nachzuweisen, daß der Krieg von uns nicht beabsichtigt und nicht gewollt war, so ist der Versailleser Friede in seinen Grundbesitzen erschüttert und für Deutschland eine ganz neue moralische Position gewonnen. Eben darum fähet man sich drüben, in diese Verörterung auch nur einzutreten, und in Deutschland gibt man sich nicht die genügende Mühe, sie dazu zu zwingen.

* „Berl. Tglb.“ v. 25. IX. 20, Nr. 463. D. Schrift.

Was ist zu tun?

Schon in Versailles habe ich ... der die deutsche Friedensdelegation in einem Brief begrüßte, geantwortet und ihn zu einer öffentlichen Erklärung herausgefordert. Er ist ausgewichen und hat seinen Rückzug unter Beschlüssen verließ.

In diesem Sommer erzählte ich diesen Vorgang dem amerikanischen Korrespondenten der „New York Tribune“ in Berlin. Nach einigen Tagen besuchte er mich von neuem und fragte mich, nachdem er mir als den besten Kenner der Kriegsausbachsitzte in Amerika den auch mit bekannten Herrn Bed, einen angesehenen Rechtsanwalt in New-York, genannt hatte, ob ich einverstanden sei, daß er das nachfolgende Telegramm hinüberfable. Ich gab meine Einwilligung, und am 20. Juli ist das nachfolgende Telegramm abgegangen. Es lautet in Uebersetzung: „Professor Delbrück ist noch keineswegs überzeugt, daß Deutschland für den Abschluß des Krieges verantwortlich war, im Gegenteil, er hält daran fest, daß der Kaiser sowohl wie die deutsche Regierung keinen höheren Wunsch hatten, als die Erhaltung des Weltfriedens, und daß alle Schritte der deutschen Diplomatie im Juli 1914 den Zweck hatten, den Weltfrieden zu retten. Er ist bereit, diesen Satz gegen jedermann zu verteidigen. Er ermächtigt mich, durch die „Tribune“ Herr James M. Bed herauszufordern, er möge sich mit ihm zu einer geordneten Diskussion über diese Frage an irgendeinem neutralen Platz, zum Beispiel in Haag, treffen. Wenn Bed ablehnt, ist Delbrück bereit, auch mit einem anderen von den Herausgebern eines leitenden New-Yorker Blattes genannten amerikanischen oder englischen Gegner zu disputieren. Delbrück war der hervorragende Sachverständige in dem Komitee, welches die in Versailles vorgelegte Verteidigung gegen die Anklage der alleinigen Kriegsschuld verfaßte. Er ist der Meinung, daß über die ganze Kontroverse durch die deutschen, österreichischen und anderen amtlichen Publikationen seit dem Brüsseler Vertrag eine Flut von Licht ausgegossen worden ist, daß dieses Material aber in den späteren Diskussionen in Amerika und England völlig ignoriert worden ist.“ — Eine Nummer der „New York Tribune“ von 30. Juli, die mir im Ausschnitt zugegangen ist, enthält nun einen sehr lobartigen Artikel gegen mich, aus dem indirekt zu entnehmen ist, daß das Telegramm irgendwie bekanntgegeben, die Herausforderung aber abgelehnt worden ist.

Unter diesen Umständen möchte ich zunächst den Vorgang in der deutschen Presse veröffentlichen und bitte die Blätter aller Farben und Parteien, ihren Lesern davon Kenntnis zu geben, als einem neuen Zeugnis, wie sehr unsere Gegner jedes sachliche Eingehen auf die Schuldfrage scheuen. Sie wollen nicht nur nicht ihre Archive öffnen, so wie wir es getan, sondern sie wollen nicht einmal in eine Prüfung des bereits vorliegenden Aktenmaterials eintreten. ... Ich bitte aber nicht nur die deutsche Presse darum, alles anzuspinnen, damit die Diskussion über die Schuldfrage in Gang gebracht werde, sondern auch die neutrals. Deutschland verlangt nichts und braucht nichts zu verlangen als Gerechtigkeit. Die Neutralen sollen in eigenem Interesse das ihrige tun, uns dazu zu verhelfen, denn die Anarchie, die der Versailleser Friede über die Kulturwelt verhängt, statt des allgemeinen Friedensbundes, der ihr vorbeigen würde, wird auf den Neutralen nicht viel weniger laien wie auf den Besiegten.

Kriegsverbrechen.

Von Graf Max Montgelas.*

Es ist dringend zu wünschen, daß die Verhandlungen über Kriegsverbrechen vor dem Reichsgericht in Leipzig recht bald beginnen. Es handelt sich aber auch darum, vor der gesamten Welt den Nachweis zu erbringen, daß, inwiefern auch immer auf deutscher Seite gerügt und gefehlt worden sein mag, auch das Schuldfonten der Gegner sehr erheblich ist. Reichhaltiges, vielfach erschütterndes Material liegt bereit in der Schrift „Die Verbrechen“ von Major D. v. Stürnaegel (Staatspolitischer Verlag, Berlin). Der Verleger hat den richtigen

* „Berl. Tglb.“ v. 1. 10. 20, Nr. 462. — D. Schrift.

aber du betrübst mich doch!“, sagte sie, mich traurig anschauend. „Nein, du würdest nicht mitkommen, denn die Reise ist sehr beschwerlich, und im Hause meines Vaters würdest du auch nicht wollen wohnen. Er ist ein armer Mann, und du würdest dort alles fehlen, was du brauchst. Aber was! Ich bin ja noch ärmer als er, denn er hat wenigstens einige Kühe und Schafe, ich habe gar nichts. Ach, sage mir doch, warum liebst du mich? Wie kannst du ein so armes Mädchen lieben?“

„Agunda!“, rief ich, „Wodurch kommen dir solche Gedanken? Was geht denn mit dir vor?“

„Ach, ich weiß nicht“, erwiderte sie, mich vorwurfsvoll anblickend. „Wenn du nicht zu mir kommst und ich allein bin, wenn mir das Herz weh tut, da denke ich, du hörst auf, mich zu lieben. Ich könnte ohne Wasser und Brot leben, aber nicht mehr ohne deine Liebesojungen. Siehst du, ich bin krank! In meiner Brust fühl ich eine Krankheit, und wenn du aufhörst, mich zu lieben, muß ich zu das Totenbend nähern.“

In diesem Augenblicke ging die Sonne unter und vergoldete mit ihrem letzten Schein die in der Ferne sichtbaren Schneeberge. Das weiße grüne Tal lag schon im Schatten, während oben, um die in ewigem Winter erstarren Höhen, noch lange das Tageslicht schimmerte.

Und mir schien, als wäre ich mit der Sonne unser Glück untergegangen. Mir wurde plötzlich schwer ums Herz, und noch niemals war unsere Trennung so traurig gewesen wie an diesem Abende. (Fortf. folgt.)

Weg betreten, er wiederholt nicht das unglückliche: „Es ist nicht wahr“, sondern er erhebt die Gegenfrage und bemerkt, daß die anderen Völker sowohl in den Kriegen vor 1914 als auch während des Weltkrieges, ja sogar noch nach Einstellung der Feindseligkeiten, gleichfalls Verfehlungen begangen haben, bzw. in den besetzten Gebieten bis heute begehen.

Dieser Nachweis wird auf mehr als 450 Epochen der Reise nach bei den von der Schuldkommission der Entente aufgestellten 23 Verbrechenskategorien für alle West- und Ostgermanen in überzeugender Weise erbracht. Nur hinsichtlich des Verhaltens im besetzten Gebiet in Europa mußte für den letzten Krieg die Beweisführung größtenteils auf Rußland beschränkt bleiben, da im Westen, solange das deutsche Heer die Posten nicht niedergelegt hatte, nur ein kleiner Streifen im Elsaß in Feindeshand fiel. Aus diesem winzigen Raum aber haben die Franzosen nicht weniger als 2000 Personen verurteilt (Sp. 134). Ebenso hart war das Verfahren in den Kolonien, wo fast die gesamte deutsche Zivilbevölkerung von ihren Wohn- und Arbeitsstätten entfernt (Sp. 126), dazu noch vielfach ihrer ganzen Habe beraubt wurde, was nicht wundernehmen kann, da nach aufgefundenen französischen und englischen Befehlen und nach den Aussagen französischer Offiziere die Truppen der Entente sogar in Frankreich selbst ausgiebig gequälert haben (Sp. 217-220). Die Internierung der von Haus und Hof Vertriebenen erfolgte häufig unter unmenschlichen Bedingungen, am empfindlichsten war sie in einem Lager im südlichen Algerien, wo die Gefangenen die schwerssten Mißhandlungen wie Injurien, Fesselungen und Entkleidungskatzenate französischer Zuchthäuser zu erdulden hatten, so daß nach dem Bericht binnen eines Jahres von 1000 Personen nicht weniger als gegen 800 den körperlichen und geistlichen Qualen erlegen sind (Sp. 153). Eine der grausamsten Martern bildete sie oft während vieler Stunden, j1 ganzer Nächte fortgesetzte Folterung mit der Daumenschraube (Sp. 155).

Was die Kriegführung zur See betrifft, so ist die uneingeschränkte Verwendung des U-Bootkrieges aufs tiefste zu bedauern, und zwar nicht nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit. Aber die Dokumente beweisen, daß die Marine der Entente kein Recht haben, die Tugendebelken zu spielen. Das warnungslose Torpedieren von Handelsdampfern (Sp. 331-332), die Angriffe auf fahri Hospitalkschiffe (Sp. 347-348), die häufige Weigerung, deutsche Schiffbrüchige zu retten, endlich die Mißhandlung wehrloser deutscher Matrosen durch die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften eines englischen Zerstörers (Sp. 335) sind wahrlich keine Ausnahmefälle.

Welcher Verirrung einzelne Menschen fähig sind, wenn sie bewaffnet unter Anführern sich bewegen, das zeigen die auf Sp. 16-18 angeführten neun Morde. Man weiß nicht, wenn der Mord geschieht, dem Belgier, der verfaßlich und grundlos ein zwölftägiges Mädchen erschoss, oder dem englischen Offizier, der einem auf dem vorbeifahrenden Kanak vorfälschlich und grundlos eine Kugel durch den Kopf jagte, oder dem amerikanischen Offizier, der „aus Rache für seine beiden an der Westfront gefallenen Brüder“ ein deutsches Gevær niederstießte, oder dem französischen Soldaten, der ein feines Jüdringliches Mädchen abwesentliches Mädchen derart am Unterleib verletzete, daß es den Wunden erlag. Den tiefsten Ekel unter den zahllosen Untaten aber erregen fünf von der französischen Regierung in einer Note vom 29. November 1917 zugegebene Fälle sadistischer Schändung, die der Träger eines hochangeesehenen französischen Namens an deutschen Kriegsgefangenen vorgenommen hat (Sp. 194-195).

Die unzulässige Theorie, daß der grausamste Krieg der „nächstste“ weil kürzeste sei, ist noch niemals so absurdum geführt worden wie während des mehr als vierjährigen Völkerringens. Aber gerade weil ich diese Theorie, wie schon in China, so auch in Frankreich im bescheidenen Rahmen des eigenen Wirkungskreises entschieden bekämpft habe, weil ich auch heute noch kein deutsches Unrecht verschweigen, rechtfertigen oder beschönigen will, fühle ich mich berechtigt und verpflichtet, auch gegen die in Selbstgerechtigkeit schwebende Gegenpartei die Anklage zu erheben. Auch wenn das eine oder andere der unzähligen Dokumente, auf die das beschriebene Buch sich stützt, als nicht ganz zureichend sich erweisen sollte, besteht für die

Entente kein Grund zur moralischen Ueberhebung. Das von manchen Deutschen trotz aller Enttäuschungen immer noch empfohlene Verfahren „nur vor der eigenen Tür zu lehren“, hat sich als gänzlich verfehlt erwiesen. Die deutschen Kriegsteilnehmer wissen jetzt seit zwei Jahren, daß die Gegenpartei auch den Westen in die Hand nehme. Das haben aber bisher nur Private, in England in größerer, in Frankreich erst in verschwindender Zahl getan; die Regierungen der Entente aber wollen noch immer nicht die Wahrheit aufdecken. Die Strafe für die Völkerverfälschung jedoch kann nur dann sein, wenn vor den Türen sämtlicher Häuser gelehrt wird.

Vermischte wirtschaftliche Nachrichten.

Japans Rohmaterialien. — Japan ist im allgemeinen ein ein Rohmaterialien armes Land; für die meisten seiner Industrien ist es auf fremde Zufuhr angewiesen. Dies gilt in erster Linie für die beiden wichtigsten Industrien des Landes, die Textilindustrie (außer Seide) und die Eisenindustrie. Baumwolle, Wolle und Eisenerze bzw. Formeisenerze muß es aus dem Ausland beziehen. Seide hat Japan im Ueberfluß, für Kampfer b.ist es nahezu ein Monopol, auch Kupfer produziert es mehr als es selbst verbraucht; seinen Zunderbedarf deckt es zum Teil in Formosa. Für Schwefel und Nixhtanzil Japan ein exportierendes Land, an Pflanzen- und Mineralöl muß es dagegen einen Teil seines Bedarfs einführen. An Mineralprodukten werden in Japan außer Kupfer, Schwefel und Petroleum gewonnen: Gold, Silber, Blei, Antimon, Mangan, Graphit, Zingler, und vor allem Steinkohle, von der im Jahre 1919 20,8 Mill. To. gefördert wurden. Nach den Erhebungen des japan. Ministeriums für Landwirtschaft u. Handel entfallen die japan. Kohlenlager in einer Tiefe bis zu 2000 Fuß etwa 800 Mill. To. Kohlen, während die noch tiefer liegenden Lager auf 3 Milliarden Tonnen geschätzt werden. Die Kohlenförderung deckt reichlich den Eigenbedarf des Landes, 1917 fanden 2.325.000, 1919 nur 1.687.000 To. für die Ausfuhr zur Verfügung. Eingeführt wurden in den Jahren 1917-19 im Durchschnitt 700.000 To. jährlich.

Frachtrentenkampf auf dem Stillen Ozean. — Nach Mitteilung amerikanischer Reederei in San Francisco planen die Japaner laut „San Francisco Examiner“ unter Beihilfe der Briten, Holländer und Franzosen einen Frachtrentenkampf auf dem Stillen Ozean zur Bekämpfung der amerikanischen Handelsmarine. Japannische Schiffe sind bereits im nördlichen Pazifik zu fächerlichen Preisen seitens der Holz ausführenden Firmen in Columbia gechartert worden. In japanischen Häfen liegen weitere 15 Frachtstampfer verfügbar. Die amerikanischen Reederei fordern alle amerikanischen Firmen, Fabrikanten und Schiffseigner auf, zusammenzutreten, um die Interessen der amerikanischen Handelsmarine zu wahren.

Die Reisproduktion in der Südmandschurei. — Das Dairin wird dem „Board Trade Journal“ berichtet, daß die Gesamtfläche der Paddyfelder in der Südmandschurei jetzt über 74.000 Morgen betrage. Die Gesamtmenge des aus den entfallenen Pflanzen gewonnenen Reis ist etwa 3.200.000 Bushel, von welcher über 1.000.000 Bushel reiner Reis gewonnen werden kann. Diese Menge genügt für die einheimische Nachfrage, wodurch sich die Notwendigkeit der Einfuhr von Reis aus Korea erübrigt. Der Bericht sagt weiter, daß ein größerer Anbau aus dem Reisanbau als aus dem Anbau von Karliang (Art Hirse) oder anderen Getreidearten gezogen werde und damit die Anbaufläche für Paddy selbständig mache.

Förderung der Woll- und Lederindustrie in China. — In Peking ist ein amtlicher Ausschuss für die Woll- und Lederindustrie eingesetzt worden. Der Ausschuss hat in erster Linie sein Augenmerk auf die Viehzucht zu lenken und Verbesserungen in den bisherigen üblichen Methoden einzuführen. Die Steppengebiete der Mongolei, der Mandschurei und Turkeistans bieten fast unbegrenzte Möglichkeiten für die Viehzucht.

Errichtung einer kommerziellen Auskunftsstelle in Teheran. — Das persische Handels-

ministerium in Teheran hat kürzlich eine Auskunftsstelle errichtet, die allen Interessenten zur Verfügung steht. Kaufleute und Industrielle können sich dort, alle wünschenswerten Angaben über die Möglichkeit eines Warenabfahses in Persien holen, auch die direkte Uebersendung von Warenkatalogen ist angezeigt.

Staatsbürgerkunde.

Der „Sjwob Sakonow“ hat folgenden Inhalt: **Teil I:** Die Grundgesetze, Teil II: Der Reichsrat, der Ministerrat, das Minister-Komitee, das Komitee der Sibirischen Eisenbahn, der Dirigierende Senat, die Ministerien, die Kanzlei Sr. Maj. des Kaisers für Bittschriften auf den Allerhöchsten Namen, das Komitee für den Zivildienst und die Befolgungen, die Bestimmungen über Orden und sonstige Anzeichnungen.

Ab. II: Die Gouvernementsbehörden, die Gouvernements- u. Kreislandwirtschafts-Einrichtungen, die Städteordnung, die Verwaltung des Zaratus Polen, die Verwaltung des Kaukasus, die zeitw. Verwaltung Transkaspiciens, die Verwaltung Turkestan, die Verwaltung der Gebiete von Amolinsk, Semipalatinsk, Semiretschensk, Uralst und Turgat, die Verwaltung Sibiriens, die Bestimmungen über die Grenzflämigen.

Ab. III: Die Dienstordnung der Regierungsbeamten, die Bestimmungen betreffend Pensionen und einmalige Unterstützungen, die Privilegien des Zivil-Dienstes in entfernten Gegenden, bezügl. in den westlichen Gouvernements und im Zarum Polen, die Emeritalklassen des Zivilservizes, die allgemeine Wehrpflicht.

Ab. IV: Die Landschaftsabgaben u. die zeitweiligen Regeln für die Landschaftsinstitutionen betreffend die erwähnten Abgaben.

Ab. V: Die direkten Steuern, die Staatswohnungssteuer, die indirekten Steuern, die Akzisesteuer.

Ab. VI: Der Zoll-Üffaw, der allg. Zolltarif für den europ. Handel, der konventionelle Zolltarif.

Ab. VII: Das Münzreglement und das Montan-(Berg-)Gesez.

Ab. VIII: Der Forst-Üffaw, die Verordnung über die Krons-Obrofschäfte, der Üffaw über die Verwaltung der Kronsgüter in den westl. Gouvernements und in den Ostseeprovinzen, das Rechnungswesen.

Ab. IX: Das Ständerecht.

Ab. X: Das Privatrecht, die Kronskolonisationen.

Ab. XI, Teil I: Die fremden Konfessionen, die Lehranstalten des Ministeriums der Volksaufklärung wie überhaupt das Lehrwesen; Teil II: der Kredit-Üffaw, der Wechsel-Üffaw, der Handels-Üffaw, das Handels-Gerichtsverfahren, die Konsulats-Ordnung, die Gewerbe-Ordnung.

Ab. XII: Die Belegkommunikationen, der Allg. Kauf-, Eisenbahn-Üffaw, die Zufuhrbahnen, das Post-Reglement, die Telegraphie, das Bauwesen, die gegenseitige Feuer-Versicherung, die Landwirtschaft, die Annahme von Landarbeitern, das Traktierwesen, die Kofakensiedlungen und die Ausländer-Kolonien im Reich.

Ab. XIII: Das Versorgungswesen, die öffentliche Fürsorge, die Medizinal-Ordnung.

Ab. XIV: Der Post-Üffaw und das Bagabundentum, Bestimmungen über die Aufenthaltsscheine, der Feuert-Üffaw, der Üffaw über die Vorbereitung und Unterbindung von Verbrechen, das Postwesen, die Verbannten.

Ab. XV: Das allg. Strafgesezbuch und der Üffaw über die von den Friedensrichtern zu verhängenden Strafen.

Ab. XVI: Die Gerichtsinstitutionen.

Was von all diesen Gesezen für Gesezen auch fernherhin in Kraft bleiben soll, das wird gegenwärtig von einer besonderen Kommission beim Justiz-Ministerium geprüft.

Herausgeber der H.-B. des Verbandes der transk. Deutschen. Verantwortlich für die Redaktion das Red-Komitee